

ANTRAG 10:

**KITA-OFFENSIVE: VIELFALT UND
QUALITÄT DER BERLINER KITAS
BEWAHREN UND AUSBAUEN**

BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN

FREITAG, 30.06.2017

CDU

FRAKTION
BERLIN

Berlin ist auf einem guten Weg: Seit 2011 ist es uns gelungen, mehr als 30.000 neue Kitaplätze zu schaffen. Auch die Qualität der Betreuung in den Kitas haben wir verbessert und erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels nach dem Motto „Mehr Personal für die Kleinsten!“ in den Kitas erreicht. Mit der Erhöhung der Personalmittel um 75 Mio. Euro im Doppelhaushalt 2016/2017 haben wir grundlegende Voraussetzungen für mehr Personal in den Kitas geschaffen. Dieser Weg muss konsequent weiter beschritten werden. Denn die Entscheidung junger Menschen zur Familiengründung soll nicht im Vorfeld durch politische Versäumnisse beeinträchtigt werden. Die CDU-Fraktion fühlt sich verpflichtet, ihre Politik im Sinne einer familien- und kinderfreundlichen Stadt zu gestalten. Daher wird der Ausbau der Kitaplätze nach Maßgabe der Erfordernisse vor Ort in den Bezirken und Kiezen weiterhin Priorität haben. Darüber hinausgehend setzt die CDU-Fraktion aber folgende Schwerpunkte zu Qualitätssicherung und Qualitätsausbau:

Bildungsvielfalt gewährleisten, Bildungsbremse verhindern

Zahlreiche Berliner Kindertageseinrichtungen zeichnen sich neben der hohen Qualität der Arbeit ihrer Erzieherinnen und Erzieher auch durch ein anspruchsvolles Zusatzangebot aus. Da vonseiten des Senats immer wieder Ansätze zu beobachten sind, die Reglementierungen zulasten der Bildungsvielfalt und letztlich auf Kosten der Kinder befürchten lassen, wird der Senat aufgefordert, zum einen Klarheit hinsichtlich seiner Absichten walten zu lassen, zum andern anstelle eines generellen Verbotes von Zusatzangeboten – sofern diese nicht vorher durch den Senat genehmigt worden sind - vielmehr diese auf freiwilliger Basis zu fördern.

Die CDU-Fraktion hat in der vergangenen Legislaturperiode bewusst und erfolgreich eine Änderung des Kindertagesfördergesetzes (KitaFöG) auf Kosten der Bildungsvielfalt verhindern können. Der diesbezüglich geäußerte Vorwurf, über Zuzahlung ermöglichte Zusatzleistungen würden eine Privilegierung besserverdienender Eltern begünstigen, entspricht nicht der Gesetzesgrundlage des § 23 Abs. 3 KitaFöG: Demzufolge besteht bei Zusatzangeboten zum einen das Prinzip der Freiwilligkeit und zum andern darf weder eine Kündigung des Zusatzangebotes eine Kündigung des Kitaplatzes zur Folge haben, noch darf eine Zahlungsverpflichtung zu Zusatzangeboten als Aufnahmegebühr vorgeschoben werden.

Die CDU ist der verlässliche Garant für Qualität im schulischen und vorschulischen Bildungs- und Pädagogikbereich. Wir setzen auf die Möglichkeiten individueller Förderung von der Kita bis zum Schulabschluss anstelle der vom Senat angestrebten Reglementierungen und Gleichmacherei. Zur Garantie der am einzelnen Kind orientierten Förderung zählt auch die Entscheidungsfreiheit der Eltern, ihre Kinder an Möglichkeiten eines erweiterten freiwilligen Bildungs- und Förderprogramms schon in der Kita teilhaben zu lassen. Die CDU-Fraktion wird sich auch weiterhin für die Möglichkeit zur freiwilligen Inanspruchnahme dieses vielseitigen und gut angenommenen Angebots in Berlin einsetzen. Dem entgegensetzen macht nicht nur keinen Sinn, sondern widerspricht auch dem Wunsch vieler Kinder und Eltern in Berlin. Sofern der Senat hier eingreift und dieses Prinzip der Freiwilligkeit durch eine restriktive Einschränkung der Angebotsvielfalt ablöst, sind solche, die Freiheit beschränkten Regelungen nichts anderes als eine Bildungsbremse für unsere Kinder.

Anreize für Ausbildung und Beruf von Erzieherinnen und Erziehern schaffen

Die Senatsverwaltung bleibt aufgefordert, endlich die Initiative zu ergreifen, Anreize zu schaffen, damit mehr interessierte Menschen den Beruf der Erzieherin und des Erziehers ergreifen. Während einerseits stetig mehr Kitaplätze geschaffen werden, ist die einzige Initiative der Jugend- und Familiensensorin, den Erzieherberuf zum Mangelberuf ausrufen zu lassen. Hierdurch den Erziehermangel zu beseitigen, scheint fraglich.

Auch die CDU Berlin weist schon seit langem darauf hin, dass die Qualität der Betreuung maßgeblich von der Anzahl der eingesetzten Erzieherinnen und Erzieher in den Kitagruppen, dem sog. Betreuungsschlüssel, abhängt. Dieser muss weiter verbessert werden. Die politischen Anstrengungen aber allein darauf beruhen zu lassen, wie es dem Koalitionsvertrag zu entnehmen ist, reicht bei weitem nicht aus, um dem Bedarf in unserer Stadt gerecht zu werden und dem berechtigten Anspruch der Erzieher wie auch der Eltern und Kinder Rechnung zu tragen. Wir haben für die Jahre 2016 und 2017 erste Schritte zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Berliner Kitas erreicht: 2016 waren in diesem Bereich allein für mehr Personal bereits 23 Millionen Euro im Berliner Haushalt vorgesehen;

für das Jahr 2017 hat das Land Berlin dafür sogar 52 Millionen Euro zusätzlich ausgegeben. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Die CDU-Fraktion ist sich durchaus der großen Herausforderung bewusst, die es bedeutet, ausreichend qualifiziertes Personal für die Kitas zu finden. Daher müssen die politischen Initiativen weit über die dürftigen Ansätze der rot-rot-grünen Koalition hinausgehen: Die Attraktivität des Erzieherberufs soll auch dadurch gesteigert werden, dass neben der Verbesserung des Betreuungsschlüssels und einer besseren Ausstattung auch eine bessere Bezahlung umgesetzt wird. Deshalb wollen wir uns auch dafür stark machen, dass sich das Land Berlin in künftigen Tarifverhandlungen im Erzieherbereich gegenüber den anderen Bundesländern für eine perspektivisch deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher (z. B. wie nach TVöD) einsetzt.

Kita-Qualität steigern durch bessere Nutzung des pädagogischen Potentials

Ein entscheidender Schritt zur Qualitätssteigerung der Kitabetreuung, aber auch zur Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufs sieht die CDU-Fraktion in der – je nach Größe und Potential einer Kita möglichen – Einbindung von Verwaltungskräften zur administrativen Entlastung der Kita-Leitungen und der Erzieher.

Die CDU strebt eine Lösung zur Trennung von pädagogischer und administrativer Tätigkeiten an, wie es bereits im Schulbereich möglich ist. Bislang ermöglicht nämlich § 19 Abs. 1 VOKitaFöG i.V.m. § 10 Abs. 6 KitaFöG, den Verwaltungsaufwand in jeder Kita durch Freistellung der Leitungskräfte und des pädagogischen Personals aufzufangen, worunter letztlich die pädagogische Arbeit leidet. Die CDU fordert daher ein Ende der Verwässerung im Tätigkeitsprofil des pädagogischen Personals. Mit einer sauberen Trennung der pädagogischen Tätigkeit von der Verwaltungsarbeit könnte dem chronischen Erziehermangel in einem ersten Schritt begegnet werden, da durch den Verzicht auf Verwaltungstätigkeit pädagogisches Potential freiwerden würde.

Fremdsprachliche Frühbildung

Über die Hälfte der heute geborenen Kinder wachsen mit einer weiteren Sprache neben Deutsch auf. Sprachentwicklung und gutes Deutsch zu lernen gehört zu den Kernaufgaben der Kita. Zusätzlich ist es aber unser Ziel, Mehrsprachigkeit gezielt und systematisch zu fördern, denn sie ist ein Vorteil für das ganze Leben. Hierfür muss ein qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Angebot bilingualer und internationaler Kitas aufgebaut werden bzw. freie Träger in diesem Bereich beim Auf- und Ausbau unterstützt werden. Die Entwicklung von Sprachen-Kitas und der Staatlichen Europa-Schule ist zu koordinieren, damit die Kontinuität in der sprachlichen Förderung gewährleistet ist.

Herausgeber: CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin
Tel.: (030) 23 25 - 21 15 | Fax: (030) 23 25 - 27 65